

Was danach?

Die eigentlichen Herausforderungen beginnen erst mit dem Ende des Golfkrieges

Der Krieg am Persischen Golf, so schrieb der französische Staatssekretär für humanitäre Fragen in der Regierung Rocard, *Bernard Kouchner*, einen Tag vor Beginn der Luftangriffe der Amerikaner und ihrer UN-Alliierten auf den Irak in „Le Monde“, sei für manche zwar ein gerechter Krieg, aber einer aus schlechten Gründen („une juste guerre avec des mauvais raisons“). „Gerecht“ erscheine er, weil er sich gegen ein Regime richtet, das Terror, Folter und Mord zur Regierungsform erhoben hat. Schlechte Gründe gebe es nicht nur, weil die arabischen Regimes rings um den Irak einschließlich des Scheichtums Kuwait, gemessen an westlichen Regeln politischer Moral, wenig Erhaltenswertes darstellen, sondern auch weil die Besetzung Kuwaits durch den Irak nichts anderes als ein „Reflex“ des im Irak des *Saddam Hussein* in den letzten 15 Jahren Üblichen sei. Doch weder die Morde an irakischen Oppositionellen noch die Massaker an den Kurden hätten westliche Politiker sehr bewegt oder Friedensdemonstranten in unseren Ländern auf die Straße getrieben. Im übrigen hätten Europäer und Amerikaner durch Überheblichkeit und Ignoranz und ihre „sehr variabel verteilte Empörung“ eine Menge dazu beigetragen, daß Hussein vielen Arabern gerade darin als ihr guter Repräsentant erscheint, was ihn in unseren Augen so schlecht macht. Nun hätten wir zu zahlen, was wir „der Tugend“ bisher schuldig geblieben sind. Um so mehr gelte es jetzt schon, an *die Zeit nach dem Krieg* zu denken.

In der Tat, welchen Verlauf der Krieg auch nehmen wird, ob die Koalition der ungleichen und widersprüchlichen Interessen und Beweggründe, die sich unter Führung der USA und mit Gutheißung der UN gegen Saddam zu-

sammengefunden hat, die Spaltungspsychologie Husseins, der ein existentielles Interesse hat, Israel in die kriegerischen Auseinandersetzungen zu verwickeln, übersteht und zusammenbleibt oder es noch zu *Koalitionswechseln* im Krieg kommt, ob der Krieg sich auf die Golfregion begrenzen läßt oder sich mit unabsehbaren Folgen zu einem Nahostkrieg ausweitet, ob der irakische Diktator – mit islamischer Fassade – den Waffengang politisch und physisch oder nur physisch überlebt oder nicht, die Aufgaben, die sich *nach* Beendigung des Krieges stellen, sind politisch unverhältnismäßig größer als die, die die Amerikaner und ihre Verbündeten militärisch zu lösen haben. Der arabische Raum ist durch einen Waffengang nicht zu befrieden. Solange dort, wer immer die Unruhestifter und Störenfriede sind, der eine Krisenherd sich aus dem anderen ergibt, sind nicht nur des Öls und der Auswirkungen auf die Weltwirtschaft wegen auch weltpolitische Verwicklungen jederzeit möglich. Es ist aber nur schwer einzusehen, wie selbst bei völlig veränderter Kräftekonstellation eine stabile Ordnung geschaffen werden kann.

Natürlich ist die *Lösung der Palästinenserfrage* eine Voraussetzung dafür, daß eine Friedensordnung in Nahost überhaupt entstehen kann. Israel wird sich bald bewegen und den Palästinensern weit entgegenkommen müssen, wenn es als Staat eine Zukunft haben soll. Und es wird noch größter Anstrengungen von amerikanischer und europäischer Seite bedürfen, bis Israel überzeugt werden kann, daß ein für Israel wie für die Palästinenser gleichermaßen akzeptables Gleichgewicht nur in Verhandlungen zwischen allen in Nahost agierenden Konfliktpartnern unter Vermittlung von außen gefunden werden kann. Aber das Palästinenserproblem ist nicht der alleinige Schlüssel zur Lösung aller Nahostprobleme. Vielmehr hat es bisher als Vorwand gedient zur Verschärfung aller Auseinandersetzungen, die ihren Grund im arabischen Umfeld selbst haben – vom Libanon bis zum Golf. Auch wenn sie nicht zu verhindern sind, so sollten solche Instrumentali-

sierungen künftig doch erschwert werden können.

Zu fürchten ist, daß die Spannungen, die zum zweiten Golfkrieg geführt haben, mit der Niederrückung von *Saddam Hussein*s Militärmacht sich keineswegs abbauen lassen. Vielmehr kann es im Gefolge des westlich-arabischen Kriegsverbündnisses gegen den irakischen Diktator nicht nur zu einschneidenden politischen Veränderungen in einzelnen arabischen Ländern, sondern auch zu neuen, *verschärften Spannungen zwischen dem Westen und den arabisch-islamischen Ländern* kommen, weil eine Niederlage *Saddam Hussein*s selbst von denen, die seiner Politik nicht zustimmen und die Militärmacht Iraks fürchten, als eigene Schmach und Niederlage empfunden wird. Solche Gefühle zeigen sich jetzt schon bei arabisch-muslimischen Minderheiten in Westeuropa wie in Amerika. Die Überlegenheit amerikanisch-westlicher Militärmacht kann insofern das Gegenteil von Befriedung bewirken: eine neue arabisch-muslimische Auflehnung gegen den Westen. Bekanntlich sind Haßgefühle, die sich aus Unterlegenheit nähren, besonders dauerhaft. Hinzu kommt, daß der Irak trotz seiner anderen Wirtschaftsstruktur als Land der Dritten Welt gilt und ein Sieg des Westens über ihn trotz des UN-Mandats weit über den arabischen Raum hinaus als Überwältigung eines Landes der Dritten Welt durch den Westen empfunden wird. Das ist ein besonders delikater Punkt, an dem einiges gewonnen, aber noch mehr verloren werden kann.

Zu bedenken ist auch, daß die *UN-Resolutionen*, die ein gemeinsames Vorgehen gegen *Saddam Hussein* ermöglicht haben, unter ungemein günstigen Bedingungen zustande kamen. Moskau konnte mit seinem Einschwenken auf die Anti-*Saddam*-Front im Osten seine neue Politik demonstrieren, China suchte nach den blutigen Ereignissen in Peking erst wieder Anschluß an die internationale Staatengemeinschaft. Dadurch wurde die UNO im Golfkonflikt erst handlungsfähig. Die Vereinten Nationen werden sich schwertun, die neu gewonnene Handlungsfähigkeit nach Beendigung des

Golfkriegs im und über den arabischen Raum hinaus zu behaupten oder gar auszubauen, zumal auch *neue Ost-West-Konflikte* wieder aufbrechen können. Die Vorgänge im Baltikum zeigen, wie rasch die schönsten KSZE-Deklarationen Makulatur werden können, wenn ein Imperium um seine Selbst- und Machterhaltung kämpft. Und schließlich bleibt als besonders bedrängende Aufgabe nicht nur die Unterbindung *militärischer Technologietransfers in Krisengebiete*, sondern nicht minder die *Einbindung auch von Dritte-Welt-Ländern in den Abrüstungsprozeß*. Mit der gemeinsamen Aufrüstung des Irak durch Ost und West während des ersten Golfkrieges, und sei es, weil man damit hoffte, den Teufel durch Belzebul auszutreiben bzw. den Iran der Ajatollahs durch das geringere Übel Saddam schwächen zu können, hat man sich die schlechteste „raison“ für den Krieg jetzt eingehandelt. Vielleicht wird wenigstens daraus eine Lehre. se

Reformdämmerung

Die Sowjetunion am Scheideweg

„Ist denn nach dem Blutsonntag viel von dem geblieben, was wir in den letzten Jahren so oft vom Präsidenten gehört haben: ‚Humaner Sozialismus‘, ‚Neues Denken‘, ‚Gesamteuropäisches Haus‘? Fast nichts ist geblieben.“ Diese Einschätzung der Lage in ihrem Land gaben dreißig prominente Sowjetbürger, darunter der Moskauer Bürgermeister *Popow*, der Wirtschaftsreformer *Schatalin* und der Regisseur *Abuladse*, in einer Erklärung, die sie am 16. Januar als Reaktion auf den brutalen Militäreinsatz in der litauischen Hauptstadt Wilna in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar veröffentlichten. Tatsächlich war das Blutvergießen in Wilna (und danach auch in Riga) nach dem spektakulären Rücktritt von Außenminister *Eduard Schewardnadse* kurz vor Weihnachten ein weiteres unübersehbares Fanal für eine Entwicklung, die sich in der So-

wjetunion schon seit Monaten deutlich abzeichnet. Zunehmend versucht der bei den Reformen der vergangenen Jahre weitgehend intakt gebliebene Apparat von Armee, Geheimdienst und Bürokratie den Gang der Ereignisse in seinem Sinn zu bestimmen und die alten Machtstrukturen gegen Bemühungen um eine radikale Wirtschaftsreform, eine durchgreifende Demokratisierung des politischen Systems und die Herauslösung einzelner Republiken aus der Sowjetunion aufrechtzuerhalten bzw. wieder zur Geltung zu bringen.

Präsident *Michail Gorbatschow* ist inzwischen weitgehend auf diese Linie eingeschwenkt, ohne daß völlig klar wäre, was er aus Überzeugung, was er aus Taktik und was er aus Zwang tut. Er hat über Monate hinweg eine immer massivere Drohkulisse gegenüber den nach Unabhängigkeit strebenden baltischen Republiken aufgebaut und die Bewahrung der Einheit der Sowjetunion zur „heiligen Pflicht“ erklärt. Er hat sich Plänen zu einer grundlegenden marktwirtschaftlichen Reform in der Sowjetunion widersetzt und möchte eine Führungsrolle der Kommunistischen Partei grundsätzlich, wenn auch mit Modifikationen, aufrechterhalten sehen. Gorbatschow hat zwar die früheren Satellitenstaaten in die Demokratie entlassen, die Unterstützung für „sozialistische“ Regime in der Dritten Welt weitgehend aufgegeben und die Sowjetunion zu einer neuen, konstruktiven Rolle in der europäischen und internationalen Staatengemeinschaft geführt. Aber er will derzeit, aus welchen Gründen auch immer, den radikalen Bruch mit dem bisherigen sowjetischen System zumindest aufschieben.

Es spricht viel dafür, daß unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Misere und des zunehmenden Zerfalls der Sowjetunion die Kräfte der „Gegenreformation“ weiter an Boden gewinnen und ihre zweifellos vorhandenen Machtmittel häufiger, massiver und rücksichtsloser einzusetzen versuchen. Die Versatzstücke der bisherigen, immerhin siebzig Jahre lang propagierten Ideologie sind in vielen Köpfen noch lebendig; die Schicht de-

rer, die bei konsequenten Reformen Macht, Einfluß und Privilegien verlieren würden, ist beträchtlich groß. Aber auch viele Sowjetbürger, die nicht zur „Nomenklatura“ gehören, würden vermutlich die Rückkehr zu mehr Autoritarismus, verbunden mit einer einigermaßen geregelten Grundversorgung, dem gegenwärtigen, teils unvermeidlichen, teils provozierten Chaos vorziehen.

Allerdings dürfte sich das Rad auch in der Sowjetunion nicht mehr einfach, jedenfalls nicht auf Dauer, zurückdrehen lassen. Das hat sich jetzt gerade bei vielen Reaktionen auf die Ereignisse im Baltikum gezeigt. Die Öffnung seit dem Amtsantritt Gorbatschows als Generalsekretär der KPdSU hat – teilweise bewußt herbeigeführt, teilweise auch unfreiwillig – Veränderungen im geistigen, kulturellen und politischen Leben der Sowjetunion bewirkt, die sich zwar unter entsprechendem Druck wieder zurückdrängen und kanalisieren, aber kaum mehr völlig ausschalten lassen. Es gibt inzwischen nicht nur in vielen nichtrussischen Republiken, sondern auch in Rußland eine demokratische Bewegung. Sie ist zwar in sich – schon wegen ihrer Verbindung mit den verschiedenen nationalen Emanzipationsbestrebungen – zersplittert und kann sich landesweit nur schwer effektiv artikulieren. Aber sie sorgt bislang mit ihren Zwischenrufen, Anfragen und Protesten dafür, daß das Reformpotential zumindest als Unruhe lebendig bleibt.

Es sieht zwar nicht danach aus, als könnten sich die auf Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft setzenden Reformer unionsweit in absehbarer Zeit durchsetzen. Da aber auch das Unterfangen, die Zentralmacht durch eine neue Diktatur zu retten, an Grenzen stoßen dürfte, ist der weitere Zerfall der Sowjetunion in ein politisches und wirtschaftliches Chaos oder sogar in bürgerkriegsähnliche Zustände ein durchaus realistisches Szenario. Aber selbst im günstigsten – wenn derzeit auch unwahrscheinlichen – Fall (Lösung der Nationalitätenprobleme teils durch volle Selbständigkeit einiger Republiken und Ausscheiden aus der So-